

Rundbrief Nr. 1/2011

vom 31.12.2011

1. Politisches Forum Mettlach konstituiert

Am 23. November hat sich in der Abtei-Bräu in Mettlach das Politische Forum Mettlach konstituiert. Zu Ansprechpartnern und Sprechern wurden Hans Ludwig, Mettlach, Manfred Ludwig, Oberleuken und Dr. Salomé Galla-Feld, Orscholz, bestellt.

Das PFM versteht sich überparteilich und konfessionsübergreifend, will auch die beiden Sozialpartner ansprechen und will ein Offenes Forum sein zur Diskussion der ökonomischen und fiskalischen Existenzprobleme unserer Gesellschaft und deren Auswirkungen auf die soziale Sicherung und den Wohlstand unseres Volkes.

Ausführlicher Bericht über die Konstituierung, siehe www.projekt-saarland.de/index.php/aktuelles

2. Wenn Sie dieses Projekt unterstützen möchten, können Sie sich in der Unterstützerliste eintragen lassen, siehe www.projekt-saarland.de/index.php/Unterstuetzung

3. Es stellt ein neues Konzept unserer Wirtschaftsordnung auf marktwirtschaftlicher Grundlage vor, das bisher nicht berücksichtigte Wirtschaftsbereiche wie Erziehung, Pflege, Gesundheit und Bildung in den privaten Familienhaushalten mit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einbezieht, indem dort reguläre Brutto-Einkommen bezahlt werden. Im einzelnen s. www.projekt-saarland.de/index.php/grundlagen

Dies wird als Schlüssel angesehen für die Überwindung der Schuldenkrise und der Defizite in den Staatshaushalten, was anhand ganz konkreter Berechnungen dargelegt wird. Gleichzeitig kommt es zu einer deutlichen Vereinfachung und Reduzierung im Sozialbudget mit einer gleichzeitig radikalen Erhöhung der Brutto-Einkommen und zur Einführung eines deutlich höheren bedarfsgerechten Kindergeldes. Der Finanzierungseffekt wird hauptsächlich dadurch erzielt, dass Sozialleistungen als Lohnersatzleistungen entfallen und durch Bruttoeinkommen, aus denen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, ersetzt werden.

4. Für den Fall, dass eine Politikänderung auf der Bundesebene nicht erfolgt, steht die fiskalische Existenz des Saarlandes als erstes Bundesland auf dem Spiel. Deshalb legt das PFM eine Konzept vor, das Saarland mittels eines Staatsvertrages aus der Bundesrepublik für 10 Jahre zu beurlauben, um ihm so die Möglichkeit zu geben, seine eigenen ökonomischen Kräfte voll zu entfalten und seine Schulden abzubauen und einen Defizitausgleich herbeizuführen.

Auch dazu wird ein konkretes Rechenmodell vorgelegt. Im einzelnen s. www.projekt-saarland.de/index.php/grundlagen

5. Das PFM hat mit der Zukunftsinitiative Saar Kontakt aufgenommen und die grundlegenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Initiativen dargelegt. Es wird nun angestrebt, in einen Dialog einzutreten. Brief und Antwort s. www.projekt-saarland.de/index.php/zur-zukunftsinitiative-saar

6. Es soll nun versucht werden, mit Kämmerern, Kommunalpolitikern Kontakt aufzunehmen und zu klären, wie der Modellansatz sich auf die Haushalte der Kommunen und Landkreise auswirkt. Mit der KPV (Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU des Saarlandes) wurde bereits ein konkreter Termin vereinbart.

7. Das PFM hat sich in einer Stellungnahme an die Deutsche Bischofskonferenz gewandt und sich kritisch zur Pressemeldung des Vorsitzenden der Kommission für Ehe und Familie der DBK geäußert, in der dieser gefordert hatte, der Politik dürfe es „weder um eine Entlohnung elterlicher Erziehungsleistungen noch um eine Prämie für den Verzicht auf Fremdbetreuung gehen“. Mit dieser sehr missverständlichen Stellungnahme gehe die DBK auf Distanz zum Papst und Vatikan, der immer wieder eine mindestens gleichwertige ökonomische Anerkennung der Erziehungsleistung der Eltern gefordert habe. Im einzelnen siehe www.projekt-saarland.de/index.php/eigene-stellungnahmen

8. Eine Stellungnahme an die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer fragt kritisch an, warum das vorgesehene Betreuungsgeld für Mütter nach ihrer Auffassung nicht bar ausbezahlt werden solle. Das PFM sieht darin eine Diskriminierung jener Mütter, die um der Kindererziehung willen auf außerhäusliche Erwerbsarbeit verzichten. Diesen wird unterstellt, sie würden mit diesem Betreuungsgeld, das schließlich ausschließlich für sie selbst gedacht ist, nicht kindgerecht verwenden. Siehe www.projekt-saarland.de/index.php/eigene-stellungnahmen

Das Forum wird sich alle 4 Wochen treffen, um seine Positionen und Aktionen zu diskutieren und in der Zwischenzeit Kontakte zu Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und sonstigen Gruppen der Zivilgesellschaft aufzubauen und zu pflegen.

Der Rundbrief wird ebenfalls alle 4 Wochen herausgegeben.

Ansprechpartner: Hans Ludwig